

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

politisches

Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

August 94

08.08.1989

Vor 5 Jahren: Bonn schließt Ständige Vertretung in Ost-Berlin

11.08.1919

Vor 75 Jahren: Friedrich Ebert unterzeichnet die Weimarer Verfassung

13.08.1989

Vor 5 Jahren: "Die Zeit arbeitet gegen Honecker"

14.08.1949

Vor 45 Jahren: Erste Wahlen zum Deutschen Bundestag

19.08.1989

Vor 5 Jahren: Massenflucht nach Österreich

19.08.1991

Vor 3 Jahren: Putsch gegen Gorbatschow

22.08.1989

Vor 5 Jahren: Prag: Flüchtlingsdrama im Palais Lobkowitz

30.08.1954

Vor 40 Jahren: Das Scheitern der EVG

Bonn schließt Ständige Vertretung in Ost-Berlin

Am 8. August 1989 - heute vor fünf Jahren - wird die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin für den Publikumsverkehr geschlossen. Grund: Das Gebäude ist mit 130 Zufluchtssuchenden aus der DDR überfüllt, und für noch mehr Menschen ist ein voraussichtlich längerer Aufenthalt in der Vertretung nicht zu gewährleisten. Am Tag zuvor hat die DDR der Bundesregierung nämlich mitgeteilt, daß es ab sofort keine Ausreisezusagen mehr für jene gibt, die sich in die diplomatischen Vertretungen Bonns geflüchtet haben; den Betroffenen könne nur noch Straffreiheit zugesagt werden. Daraufhin bleibt Kanzleramtsminister Seiters am 7. August abends nur die Entscheidung, die Ständige Vertretung vom nächsten Tag an zu schließen.

Morgens um neun Uhr stehen die ersten Besucher ratlos vor den heruntergelassenen Eisengittern. Eine junge Mutter mit Kind kann es nicht fassen; ein Ehepaar aus Brandenburg, dem bereits zwei Ausreiseanträge abgelehnt worden sind, ist verzweifelt: beide haben längst ihre ursprüngliche Anstellung verloren, die Flucht in die Ständige Vertretung war ihre letzte Hoffnung. Kurz darauf fährt der britische Botschafter in Ost-Berlin in der Hannoverschen Straße vor, um sich über die Situation bei den Kollegen aus Bonn zu informieren. Er selbst wird zwar eingelassen, sein Fahrzeug jedoch nicht. Das geöffnete Tor an der Seite des Gebäudes könnte vielleicht wartende Menschen zu Verzweiflungsaktionen bewegen. Ohnehin sind von den 130 Deutschen aus der DDR im Innern der Vertretung längst nicht alle durch die Tür gekommen, sondern zum Teil auf halsbrecherische Weise über die Mauer in den Hof des Gebäudes geklettert. Ein junges Paar, das sich trotz der Rundfunkmeldungen über die Schließung der Vertretung schon um sechs Uhr früh von Meißen aus auf den Weg gemacht hat, bringt die Stimmung zahlloser Menschen in der DDR auf den Punkt: Sie wollen nur noch eines - "raus, endlich raus".

Während in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn der politische Reformprozeß täglich an Gestalt gewinnt, prallt die Aufforderung, mehr Freiheit zu gewähren, an der Altherrenriege um Honecker scheinbar spurlos ab. Stur beharrt die SED-Führung auf ihrem eigenen Macht-Monopol - und steigert mit dem Verharren im Überkommenen doch nur die Gefahr des plötzlichen Zusammenbruchs ihrer Herrschaft. Sie erweist sich als total unfähig, auf das Streben der Menschen nach Freiheit und Selbstbestimmung eine glaubwürdige Antwort zu geben; schon wenige Wochen darauf wird ihr hierfür die - im übrigen längst fällige - Quittung präsentiert werden.

Mit der Schließung der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin - heute vor fünf Jahren - geht der Vorhang auf für den letzten Akt der kommunistischen Zwangsherrschaft über die Menschen im Osten Deutschlands.

Friedrich Ebert unterzeichnet die Weimarer Verfassung

Am 11. August 1919 - heute vor 75 Jahren - unterzeichnet Reichspräsident Friedrich Ebert die Verfassung des Deutschen Reiches. Am 31. Juli 1919 hat die Nationalversammlung mit der großen Mehrheit von 262 gegen 75 Stimmen der Reichsverfassung zugestimmt. Für die Verfassung haben die Parteien der "Weimarer Koalition" gestimmt, also die SPD, das katholische Zentrum und die liberal-demokratische DDP; gegen die Verfassung votiert haben die Parteien der Rechten und der Linken: Deutsche Volkspartei (DVP), Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und USPD.

Doch die überwältigende Mehrheit für das Verfassungswerk täuscht; obwohl erstmals in Deutschland das Prinzip der Volkssouveränität verankert und eine durch und durch demokratische Ordnung geschaffen ist, löst die Verabschiedung des von dem Staatsrechtler Hugo Preuß entworfenen Werks in der Öffentlichkeit keinerlei Begeisterung aus. Die letzten Wochen vor der Schlußabstimmung sind überschattet von leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über den Versailler Friedensvertrag; Ministerpräsident Scheidemann (SPD) ist mit seiner Regierung zurückgetreten, SPD und Zentrum haben ein von der DDP toleriertes Minderheitskabinett gebildet. Die Agitation gegen den Versailler Vertrag beginnt bereits, das innenpolitische Klima zu vergiften; am Pranger stehen nicht diejenigen, die das Kaiserreich in die Katastrophe gesteuert haben, sondern jene, die bemüht sind, die Konkursmasse schlecht und recht zu verwalten - eben die Parteien der "Weimarer Koalition". Überhaupt hat sich der politische Wind während der vergangenen Monate gedreht: Teile der alten Eliten und des Bürgertums beginnen sich bereits von der Weimarer Republik abzuwenden; es wird zunehmend Mode, die Republik und ihre Repräsentanten auch öffentlich lächerlich zu machen. Symptomatisch hierfür ist das Illustrierten-Foto, das unmittelbar nach Eberts Vereidigung auf die neue Verfassung erscheint und den Reichspräsidenten sowie den Reichswehrminister Noske in Badehose zeigt; eine ebenso groteske wie bösartige Attacke, die gleichwohl ihr Ziel nicht verfehlt.

Tatsächlich haben die "staatstragenden" Parteien bereits zu diesem Zeitpunkt Angst vor den Wählern: die Nationalversammlung, die ihre eigentliche Arbeit erledigt hat, wird nicht aufgelöst, sondern besteht zunächst fort. Die fälligen Reichstagswahlen werden bis zum Juni 1920 aufgeschoben, enden aber für die Regierungsparteien dennoch in einem Debakel: von ihrer Dreiviertelmehrheit fallen sie auf unter 50 Prozent der Stimmen herab und werden bis 1933 nie wieder eine Mehrheit im Reichstag erringen.

In Zukunft werden sich vor allem die Radikalen von rechts und links der Weimarer Verfassung bedienen - und dabei aller Welt vor Augen führen, daß die "demokratischste Demokratie der Welt" den Feinden der Freiheit alle Mittel an die Hand gibt, um die Demokratie geradewegs zugrunde zu richten.

“Die Zeit arbeitet gegen Honecker”

Am 13. August 1989 - heute vor fünf Jahren - beschließt die Bundesregierung in Bonn, die Botschaft der Bundesrepublik in Budapest vom folgenden Morgen an geschlossen zu halten. Am 28. Jahrestag des Mauerbaus von 1961 ist die Bonner Vertretung in der ungarischen Hauptstadt hoffnungslos mit hilfeschuchenden Deutschen aus der DDR überfüllt. In Agenturmeldungen ist von mehr als 180 Menschen die Rede; Diplomaten vor Ort erklären, daß die Aufnahmekapazität der Botschaft “restlos erschöpft” sei. Das Bundeskabinett entsendet noch am Nachmittag des 13. August den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Sudhoff, nach Budapest, um mit der ungarischen Regierung nach Wegen zu einer Lösung des Problems zu suchen.

Bundeskanzler Helmut Kohl wendet sich öffentlich an die DDR-Führung und erklärt, sie könne dem Reformprozeß in Osteuropa nicht ausweichen. Die Zeit arbeite gegen Honecker. Die Zahl der Kontakte zwischen den Deutschen in beiden Staaten sei gewachsen, ebenso der Wille zur Einheit der Nation - insbesondere in der DDR. - Tatsächlich wird im August 1989 die Absicht zum Übersiedeln in die Bundesrepublik zu einer Massenerscheinung im DDR-Alltag; die Hoffnung der SED-Machthaber, man brauche nur einige tausend Unzufriedene ziehen zu lassen, damit sich die alte Ordnung der DDR wieder stabilisiere, wird von den Realitäten überholt. Denn das ist das Neue an der ungarischen Situation: trotz Schließung der Bonner Botschaft kommen immer mehr Menschen, die Rat und Hilfe suchen. Am 14. August sind es 80, am folgenden Tag bereits 300. Wieder einen Tag später kampieren bereits Hunderte im Gebüsch vor dem ebenfalls geschlossenen Konsulat der Bundesrepublik in einem anderen Stadtteil Budapests. Am gleichen Tag werden 250 Ausreisewillige mit Hilfe des ungarischen Malteser-Dienstes und der Caritas in ungarischen Familien und in einer Kirche untergebracht. Viele Deutsche aus der DDR haben kein Geld mehr, um auf den Campingplätzen der Umgebung bleiben zu können. Etliche haben bereits ein abgelaufenes Besuchsvisum bei sich, andere haben längst ihren offiziellen Urlaub überschritten. Dennoch wird ihre Zahl nicht kleiner, sondern von Tag zu Tag größer. Toilettenwagen werden herbeigeschafft; Bonner Diplomaten helfen bei der Verteilung von Pritschen, Decken und Essen. Unterdessen reißt der Flüchtlingsstrom über die ungarisch-österreichische Grenze nicht ab: an manchen Tagen sind es 200 und mehr Menschen, die sich auf eigene Faust nach Österreich durchschlagen. Nach inoffiziellen Schätzungen sollen sich Mitte August etwa 200.000 Touristen aus der DDR auf den Campingplätzen und in anderen Urlaubsquartieren Ungarns aufhalten; Bonn hat von ungarischer Seite Hinweise erhalten, daß ein erheblicher Teil von ihnen innerlich alle Brücken hinter sich abgebrochen hat und fest entschlossen ist, nicht mehr in die DDR zurückzukehren. - Und niemand weiß, was geschehen wird, wenn diese Menschen in einem Massenaufbruch versuchen sollten, die Grenze nach Österreich zu erreichen.

Erste Wahlen zum Deutschen Bundestag

Am 14. August 1949 - heute vor 45 Jahren - finden in den drei deutschen Westzonen die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt. Über 32 Millionen Menschen sind wahlberechtigt; um die 402 Sitze im künftigen Parlament der Bundesrepublik Deutschland bewerben sich mehr als ein Dutzend Parteien sowie eine Reihe unabhängiger Kandidaten. Die Wahlbeteiligung ist mit 78,5 Prozent erfreulich hoch und - ebenso wie das schlechte Abschneiden extremistischer Gruppen - ein Indiz dafür, daß der demokratische Gedanke in Deutschland wieder lebendig geworden ist.

Stärkste Fraktion wird entgegen mancherlei Erwartungen nicht die SPD, die mit 29,2 % der Stimmen 131 Mandate erreicht, sondern die CDU/CSU, deren 31,0 % ihr 139 Sitze einbringen. Die FDP/DVP kommt auf 11,9 %, die KPD auf 5,7 %, die Bayernpartei auf 4,2 %, die Deutsche Partei (DP) auf 4,0 %, das Zentrum auf 3,1 %. Mandate entfallen auch auf die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung, den Südschleswigschen Wählerverband, die Deutsche Rechtspartei und drei parteilose Bewerber. Von den prominenten Spitzenkandidaten werden Konrad Adenauer in Bonn, Kurt Schumacher in Hannover-Süd und der DP-Vorsitzende Heinrich Hellwege in Stade-Bremervörde direkt gewählt. Der FDP-Vorsitzende Heuss unterliegt dagegen in Stuttgart-West ebenso wie der KPD-Vorsitzende Max Reimann in Dortmund.

Noch in der Wahlnacht gibt der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher zu erkennen, daß seine Partei in die Opposition gehen wird. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard reklamieren das Wahlergebnis als Bestätigung der Politik der "Sozialen Marktwirtschaft" und als klare Absage an jede Form der Planwirtschaft. Adenauer, der entgegen gewissen Tendenzen in den eigenen Reihen zugunsten einer großen Koalition mit der SPD von Anfang an auf ein "bürgerliches Bündnis" gesetzt hat, beginnt schon unmittelbar nach den Wahlen damit, die Voraussetzungen für eine "kleine Koalition" mit der FDP und der DP zu schaffen. Auch Theodor Heuss erklärt bereits am Tag nach der Wahl, daß er keine "grundsätzlichen Gegensätze" zwischen FDP und Union sieht; für die Liberalen sei eine Zusammenarbeit mit der SPD "aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms" hingegen nicht möglich.

Mit einem taktischen Bravourstück gelingt es Adenauer am Wochenende nach den Wahlen, die innerparteilichen Weichen so zu stellen, wie er es sich vorgenommen hat: CDU und CSU nehmen Kurs auf die "bürgerliche" Koalition. Und wie von selbst schält sich in diesem Prozeß auch der Name des Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers heraus: eben Konrad Adenauer. Der bereits 73jährige versichert seinen Parteifreunden treuherzig, sein Arzt habe keine Bedenken, daß er "dieses Amt wenigstens noch für ein Jahr übernehmen könne . . . Er meint, auch für zwei Jahre könne ich das Amt ausführen."

In Wirklichkeit wird die "Ära Adenauer" 14 Jahre dauern und für die Zukunft Westdeutschlands die entscheidenden Weichenstellungen bringen, an denen sich alle nachfolgenden Bundesregierungen orientieren werden.

Massenflucht nach Österreich

Am 19. August 1989 - heute vor fünf Jahren - kommt es an der ungarisch-österreichischen Grenze zur größten Massenflucht seit dem Mauerbau: Fast 900 Deutsche aus der DDR nutzen an diesem Samstag ein "Picknick" der Paneuropa-Union, um sich unter den Augen der ungarischen Grenzsoldaten in den Westen abzusetzen. Die Botschaft der Bundesrepublik in Wien schleust allein von Samstag abend bis in die Nacht zum Sonntag hinein 661 Flüchtlinge mit Omnibussen und einem Sonderzug in den Westen Deutschlands; weitere 200 Flüchtlinge melden sich im Lauf des Sonntags in der Bonner Botschaft in Wien.

Ursprünglich ist die vorübergehende Öffnung des Grenztores an der alten Straße nach Eisenstadt als symbolischer Bestandteil des Festes gedacht, bei dem die österreichische Paneuropa-Bewegung und das ungarische Demokratische Forum gemeinsam für das Niederreißen der Grenzen und ein geeintes Gesamteuropa demonstrieren wollen. Auf diese Nachricht hin haben sich viele Deutsche aus der DDR, die rund um die überfüllte Bonner Botschaft in Budapest in Zelten kampiert haben, mit Autos, Bahn und Omnibussen und schließlich kilometerweit zu Fuß auf den Weg zur Grenze gemacht. Ihre Autos und ihr Hab und Gut haben sie im Sperrgebiet zurückgelassen. Als die Flüchtlingskolonnen das Grenztor erreichen, drücken die ungarischen Beamten beide Augen zu. Vor den österreichischen Bürgern, die auf dem entgegengesetzten Weg zum Paneuropa-Fest in Sopron sind, spielen sich erschütternde Szenen ab: Erst vorsichtig, dann immer heftiger drängend stürzen die Menschen durch das wacklige Tor aus Holz und Stacheldraht ins Niemandsland und beginnen zu rennen - und viele merken gar nicht, daß sie längst hinter dem österreichischen Schlagbaum und somit in der Freiheit sind. Viele, die eine ganze Stunde lang durch Felder und an Gehöften vorbei marschiert sind, tragen Kinder auf den Schultern oder schieben sie in Kinderwagen. Kaum jemand hat mehr dabei als das, was er auf dem Leib trägt. Als österreichischer Boden erreicht ist, fallen sich die Menschen lachend und weinend in die Arme; viele strahlen vor Freude und können es nicht fassen, daß es wirklich so einfach war; andere weinen hemmungslos.

"Mein Gott, vielleicht geht's diesmal gut" - so beschreibt einer, der schon mehrere vergebliche Fluchtversuche hinter sich hat, die Gründe, weshalb er sich von Budapest aus auf den Weg nach Sopron gemacht hat. Und eine Frau, die vor Aufregung und Freude in den Armen ihrer Kinder zusammengebrochen ist, will jetzt als erstes zu ihren Verwandten nach Hamburg fahren: "Da hätten wir von Schwerin aus ja fast zu Fuß hingehen können", erzählt sie.

Im Notaufnahmelager Gießen, das mit 2.200 Übersiedlern bereits überfüllt ist, führt die Massenflucht zu neuen Schwierigkeiten. Die Bundesregierung richtet ein neues Sammellager in Schöppingen bei Münster ein; andere Flüchtlinge, vor allem junge Familien mit Kindern, werden vorübergehend in der bayerischen Durchgangsstelle für Ausiedler in Nürnberg untergebracht.

Putsch gegen Gorbatschow

Am 19. August 1991 - heute vor drei Jahren - reißen in Moskau orthodoxe Kommunisten die Macht an sich. Der sowjetische Präsident Gorbatschow wird für abgesetzt erklärt und in seinem Ferienhaus auf der Halbinsel Krim unter Arrest gestellt. Sein bisheriger Vize Gennadi Janajew übernimmt an der Spitze eines neugebildeten "Staatskomitees" die Regierungsgewalt und verhängt über Moskau und andere Teile der Sowjetunion den Ausnahmezustand. Der Staatsstreich wird von einem Bündnis reformfeindlicher Kreise des Geheimdienstes, der Armee und des Parteiapparats getragen; zur Begründung heißt es, daß das Land durch Gorbatschows Reformpolitik "in eine Sackgasse" geraten und "unregierbar geworden" sei. Die Putschisten wollen um jeden Preis die für den nächsten Tag vorgesehene Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages verhindern, in dem sie eine akute Gefahr für die Einheit der Sowjetunion sehen.

In den baltischen Staaten, bei den Nachbarn der Sowjetunion und unter den Mitgliedern des westlichen Bündnisses werden schlimmste Erinnerungen wach; vor allem die Deutschen haben Grund, sich dankbar die Tatsache zu vergegenwärtigen, daß sie kaum elf Monate zuvor – nicht zuletzt aufgrund der Abreden zwischen Michail Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl – glücklich ihre staatliche Einheit errungen haben.

Doch in Moskau besitzt ein Mann den Mut, den Putschisten entschlossen entgegenzutreten. Der russische Präsident Boris Jelzin nimmt persönlich das äußerste Risiko auf sich, ernennt sich zum Befehlshaber aller auf russischem Boden stationierten Truppen und erklärt die Verschwörer für Kriminelle, die vor Gericht gestellt würden. Vor allem in Moskau und in Leningrad demonstrieren große Menschenmengen gegen den Putsch der Alt-Stalinsten und fordern Freiheit und Demokratie. In der übernächsten Nacht verfolgt die Welt mit angehaltenem Atem den Vorstoß der Armee gegen das "Weiße Haus", das russische Parlamentsgebäude, in dem sich Jelzin und seine Anhänger verschanzt haben. Unter blutigen Opfern wird eine Panzerkolonne zum Stehen gebracht; damit ist das Schicksal der Putschisten besiegelt.

Wie ein Spuk bricht daraufhin am Vormittag des 21. August der Umsturzversuch nach nur 48 Stunden sang- und klanglos in sich zusammen. Die Führer des Putsches werden auf der Flucht verhaftet und festgenommen; die Armee zieht aus Moskau ab. Auf den Tag 23 Jahre nach der Niederschlagung des "Prager Frühlings" im August 1968 erlebt der Kommunismus seine endgültige historische Niederlage, und nicht der von der Krim heimgekehrte Gorbatschow, sondern der russische Präsident Boris Jelzin ist der große Sieger. Er hat für seine Person alles aufs Spiel gesetzt - und alles gewonnen. - Weder die Sowjetunion noch Gorbatschow werden sich von den August-Ereignissen noch einmal erholen: vier Monate später muß Gorbatschow als sowjetischer Präsident zurücktreten, denn die Sowjetunion gibt es nicht mehr: Ende Dezember weht über dem Kreml die Fahne Rußlands; in der ehemaligen Machtzentrale der Zaren und der KPdSU-Generalsekretäre regiert jetzt der Präsident Rußlands.

Flüchtlingsdrama im Palais Lobkowitz

Am 22. August 1989 - heute vor fünf Jahren - teilt das Auswärtige Amt in Bonn mit, daß die Botschaft der Bundesrepublik in Prag vom nächsten Morgen an bis auf weiteres geschlossen bleiben wird. Etwa 150 Flüchtlinge aus der DDR halten sich in der Mission auf. Die Schließung der Prager Vertretung ist bereits die dritte innerhalb von nur zwei Wochen; zuvor hat Bonn bereits die Ständige Vertretung in Ost-Berlin und die Botschaft in Budapest schließen müssen.

Schon am 23. August versammelt sich aber vor dem Botschaftsgebäude in Prag eine große Zahl von Deutschen, die offenkundig frisch aus der DDR angereist sind, um mit Hilfe der Bonner Diplomaten ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen. Anders als in Ungarn können die Menschen jedoch nicht mit der Milde der Behörden rechnen. Während aus Ungarn niemand gegen seinen Willen zwangsweise in die DDR zurückgeschickt wird, schieben die CSSR-Behörden die Flüchtlinge rigoros ab; in der DDR hat dies ihre sofortige Verhaftung zur Folge. Doch weil das so ist, verschärft sich gerade die Lage in Prag in fast unerträglicher Weise: immer mehr Flüchtlinge aus der DDR überklettern einfach die Zäune der Botschaft; trotz drangvoller Enge verstärkt sich der Zustrom in den nächsten Wochen weiter. Die Bilder von Menschen, die kleine Kinder über das Eisengitter reichen und ihre Habseligkeiten in den Garten des Palais Lobkowitz werfen, ehe sie den 3,50 Meter hohen Zaun zu übersteigen versuchen, gehen um die ganze Welt. Niemals zuvor seit dem Mauerbau in Berlin ist der Bankrott der SED-Politik so offenkundig gewesen.

Und dies gilt auf allen Schauplätzen: am Tage der Schließung der Prager Botschaft wird bekannt, daß seit Anfang August mehr als 10.000 Menschen via Ungarn und Österreich aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet sind. Zwei Tage später können mit Duldung der ungarischen Regierung 108 Flüchtlinge, die sich seit über zwei Wochen in der Botschaft in Budapest aufgehalten haben, mit Papieren des Roten Kreuzes nach Österreich ausreisen. Auch dies ist ein schwerer Schlag für das Prestige der Ost-Berliner Machthaber. Aber selbst die noble Haltung der Ungarn, für die sich Bundeskanzler Kohl öffentlich bedankt, kann das grundlegende Problem nicht wirklich lösen; denn schon strömen neue Flüchtlinge nach Budapest, bitten um Hilfe, Unterkunft und Verpflegung und erklären ihre Entschlossenheit, unter keinen Umständen in die DDR zurückzukehren. Neue Auffanglager werden errichtet, auf Schul- und Kirchenhöfen entstehen weitere provisorische Zeltunterkünfte.

Das eigentliche Problem besteht in einer nicht mehr überbrückbaren Kluft zwischen sozialistischer Obrigkeit und Untertanen, die jede Hoffnung auf wirkliche Veränderungen in der DDR verloren haben. Weil sie für sich keine Zukunft mehr sehen, nutzen die Menschen jedes Schlupfloch zum Entkommen aus dem "realen Sozialismus".

Das Scheitern der EVG

Am 30. August 1954 - heute vor 40 Jahren - lehnt die französische Nationalversammlung in Paris mit deutlicher Mehrheit den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab, der eine gemeinsame westeuropäische Armee unter Einschluß der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen hat. Für Bundeskanzler Konrad Adenauer, den die Hiobsbotschaft während seiner Kur auf der Bühler Höhe erreicht, bedeutet die Entscheidung einen schweren Rückschlag; denn im ersten Augenblick scheinen die Kernstücke seiner Politik - Westbindung, europäische Einigung, Gleichberechtigung der Bundesrepublik - vom Scheitern bedroht.

Noch Wochen später sitzt der Schock tief. Am 28. September beginnt in London eine Konferenz, die die Scherben von Paris kitten soll. Am ersten Abend gibt Premierminister Winston Churchill ein Essen in Downing Street No. 10. Anschließend sitzt Adenauer noch in der Lobby des Hotels "Claridge's" mit Paul-Henri Spaak, dem Außenminister Belgiens, und Luxemburgs Ministerpräsident Joseph Bech zusammen. Hinter einer Säule versteckt, verfolgt der damalige Zeitungskorrespondent Lothar Ruehl (der drei Jahrzehnte später selbst der Regierung des Kanzlers Helmut Kohl angehören wird), wie Adenauer zu mitternächtlicher Stunde seinen Sorgen freien Lauf läßt: ". . . wenn ich nicht mehr bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen . . . Nutzen Sie die Zeit, solange ich noch lebe . . . mein Gott, ich weiß nicht, was meine Nachfolger tun werden, wenn sie..nicht an Europa gebunden sind... Wenn wir jetzt aufgeben, ist Europa gescheitert, und alles war und bleibt vergebens . . ." Entgegen seiner ursprünglichen Konzeption ist Adenauer nunmehr zur Aufstellung einer eigenen, nationalen Armee genötigt. Mit tatkräftiger Unterstützung der USA und Großbritanniens erreicht er dennoch sein Ziel: Die Konferenz von London mündet in die "Pariser Verträge" vom 23. Oktober 1954, und nur wenige Monate später - im Mai 1955 - wird die Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigtes Mitglied der NATO. Zugleich wird das Besatzungsstatut aufgehoben - die Bundesrepublik ist ein souveräner Staat. In knapp sechs Jahren hat Adenauers Außenpolitik die Fundamente für die dauerhafte Westorientierung der Bundesrepublik gelegt, auf der die Politik aller folgenden Bundesregierungen aufbauen wird.

In gewisser Weise haben Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand im Mai 1992 in La Rochelle mit ihrem Beschluß über die Aufstellung eines gemeinsamen "Euro-Korps" auch an die alten Pläne aus den 50er Jahren angeknüpft. Denn Deutschland und Frankreich stellen ihre enge militärische Zusammenarbeit in eine eindeutig europäische Perspektive. Künftig wird es in der Europäischen Union (EU) nämlich um eine weitere Integration auch auf dem Verteidigungssektor gehen, wobei das besondere Abkommen mit der NATO vom Dezember 1992 sicherstellt, daß dies in vollem Einklang mit den Interessen der Atlantischen Allianz geschieht.